

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/3460 –

Wirtschaftliche Bilanz und rechtliche Prüfung der Finanztransaktionen des Landes zwischen Land, Pensionsfonds und landeseigenen Gesellschaften

Der Landtag Rheinland-Pfalz begrüßt die Abwicklung des Pensionsfonds als Konsequenz aus dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom Februar 2017.

Der Landtag hält ebenso die Abschaffung der landeseigenen PLP-Management GmbH & Co.KG für zwangsläufig und unumgänglich, da sie nach der Abschaffung des Pensionsfonds wesentliche Funktionen verliert. Mit dem Wegfall des Pensionsfonds ist dem Geflecht der Finanztransaktionen eine entscheidende Grundlage entzogen.

Der Landtag Rheinland-Pfalz hält es aber für unvertretbar, das intransparente System der Finanztransaktionen zu beenden, ohne Vorlage einer detaillierten wirtschaftlichen Bilanz und ohne deren Rechtmäßigkeit gründlich zu prüfen und zu bewerten. Der Landtag Rheinland-Pfalz erinnert in diesem Zusammenhang an die erheblichen rechtlichen Vorbehalte, die der Rechnungshof Rheinland-Pfalz in seinem Jahresbericht 2011/II ausgesprochen hat. Diese betreffen unter anderem fehlende haushaltsrechtliche Grundlagen für wesentliche Schritte im Rahmen der Transaktionen. Einer Prüfung bedürfen aber auch die zivilrechtlichen Grundlagen der Transaktionen zwischen den verschiedenen beteiligten Landesgesellschaften. Es ist zudem bekannt, dass auch nach 2011 die Landesregierung wichtige Änderungen und Fortentwicklungen bei den Transaktionen vorgenommen hat, die zusätzliche wirtschaftliche und rechtliche Fragen aufwerfen.

Der Landtag Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung deshalb auf, dem Landtag Rheinland-Pfalz eine detaillierte wirtschaftliche Bilanz der Finanztransaktionen unter Einsatz des Forderungsvermögens des Landes und des Vermögens des Pensionsfonds und von Finanzmitteln der Investitions- und Strukturbank (ISB) vorzulegen, bei der Einnahmen des Landshaushaltes und Einnahmeverluste sowie Zahlungsverpflichtungen zu bilanzieren sind. Die Antworten der Landesregierung auf diesbezügliche Fragen der Großen Anfrage der Fraktion der CDU reichen dazu nicht aus.

Der Landtag Rheinland-Pfalz spricht sich für eine erneute Prüfung der wirtschaftlichen Bilanz der Finanztransaktionen aus.

Für die Fraktion:
Martin Brandl

